

bahren protestire, und ich halte es für eine doppelte Pflicht, weil ich den Landkreis zu vertreten habe, dem diese Zuthellung noch nicht zu Gute gekommen ist, und weil unsere Capitalien noch rein unter oberlausitzer Verwaltung verwaltet werden. Ich glaube, meine Herren, Sie werden es um so gerechter finden, wenn wir uns, da wir immer hingehalten worden sind, bestreben, eine freie und bessere Vertretung auf dem Provinziallandtage zu haben, Sie werden es gerecht finden, wenn wir, da wir so weit gegangen sind, darüber erstaunen, wenn in der Eingabe des Landesältesten in der Oberlausitz an das Ministerium des Innern gesagt ist, der Landkreis solle durch 50 Vertreter aus dem Bauernstande vertreten sein, und jetzt scheint man Miene zu machen, den Landtag ohne Vertreter abzuhalten. Aus diesem Grunde muß ich wünschen, die Staatsregierung dahin zu vermögen, daß der oberlausitzer Landtag ohne Vertreter frei gewählter Landgemeindemitglieder nicht abgehalten werden könne.

Staatsminister D. Weinlig: Ich halte mich bei Beantwortung dessen, was von verschiedenen Seiten erwähnt worden ist, lediglich an den Zweck des vorliegenden Antrags. Es wird den Abgeordneten aus der Oberlausitz selbst bekannt genug sein, daß die Verzögerung in der Vornahme der Wahlen der 50 Vertreter des Rusticalgrundbesitzes weder von Seiten der Rittergutsbesitzer in der Oberlausitz, noch von Seiten der Regierung, sondern, wie ich bereits früher bei Gelegenheit einer Interpellation in diesem Saale auseinandergesetzt habe, durch einen von 22 Gemeindeältesten in der Oberlausitz (unter denen sich, wenn ich nicht ganz irre, auch der Abg. Unger befindet, weswegen ich voraussetzen konnte, daß der Abgeordnete davon unterrichtet wäre) gegen diese Vertretung, wie sie auf dem Provinziallandtage beschlossen worden ist, erhobenen Protest veranlaßt worden ist. Es wäre allerdings dieser Protest, da er gegen die Vertretungsart, wie sie durch den Landtag beschlossen worden ist, also gegen einen nach der oberlausitzer Provinzialverfassung gültigen Beschluß der oberlausitzer Provinzialvertretung gerichtet war, genau genommen, nicht zu berücksichtigen gewesen; man hat es aber, da dieser Protest von Seiten der zu vertretenden Gemeinden selbst ausging, für nothwendig gehalten, die Gründe, die diesem Proteste unterliegen, einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen. Hierin allein liegt die Ursache der Verzögerung. Man hat nicht, ohne Rücksicht auf diesen Protest zu nehmen, sofort die Abänderung des Provinzialstatuts genehmigen wollen; nach dem aber, was ich erst gestern erfahren habe, kann ich annehmen, daß dieses Hinderniß beseitigt ist, daß in den nächsten Tagen die formelle Bestätigung der beschlossenen Abänderung des Provinzialstatuts von Seiten des Ministeriums erfolgen, also der Vornahme der Wahlen für die Vertreter des Rusticalgrundbesitzes etwas nicht entgegenstehen wird. Wenn nun behauptet worden ist, daß es schwierig sein werde, bis zum 1. Mai diese Wahlen zu Stande zu bringen, und daß deshalb die Vermuthung vorliege, man

wolle den nächsten oberlausitzer Provinziallandtag ohne diese Vertretung abhalten, so ist für letztere Vermuthung ein Grund nicht vorhanden, und es würde sich auch das Ministerium nicht veranlaßt finden können, seine Zustimmung zu geben, daß, nachdem bereits die Veränderung des Provinzialstatuts, welche eine andere Vertretung enthält, beschlossen und genehmigt ist, ein neuer Provinziallandtag gehalten werde, ohne daß die Vertretung in der neuen Weise stattfindet, da die Aufgabe dieses Provinziallandtags eben die Berathung solcher Gegenstände ist, für welche man eine größere Vertretung des Rusticalbesitzes für unerläßlich nothwendig erachtet. Es kann also lediglich nur davon die Rede sein, daß es sich um Aufschubung des Beginns des nächsten Provinziallandtags handle für den Fall, daß bis zum 1. Mai die Wahlen nicht vollständig zu ermöglichen wären. Das ist ein Antrag, mit dem sich das Ministerium einverstanden erklären kann, weil es, auch wenn der Antrag nicht erfolgt wäre, in seiner Verpflichtung gelegen hätte, in diesem Sinne zu handeln, nachdem es die Veränderung des Provinzialstatuts genehmigt hat. Es ist, wie mir scheint, dadurch der zweite Theil des Antrags überflüssig geworden. Ich kann mir nämlich den Fall gar nicht denken, daß unter den gegenwärtigen Umständen ohne die beschlossene Abänderung der Provinziallandtag gehalten werden könnte. Es wird also dadurch der zweite Theil des Antrags überflüssig, um so mehr, da derselbe zu gleicher Zeit eine Abänderung eines Beschlusses der Provinzialvertretung enthalten würde, welcher nach der Particularverfassung vollkommen gültig gefaßt worden ist, und es allerdings sehr zu bezweifeln wäre, ob nicht unter den gegebenen Verhältnissen die Regierung ihre Befugnisse überschritte, wenn sie der Provinz vorschreiben wollte, eine andere, als die bereits beschlossene Vertretung eintreten zu lassen, ohne daß diese selbst sich wenigstens noch einmal darüber geeinigt hätte. Ich glaube also, daß es unter den gegenwärtigen Umständen vollkommen genügen wird, den ersten Theil des Antrags anzunehmen, welcher dahin geht: „Die Kammer wolle beschließen, im Verein mit der zweiten Kammer bei der Staatsregierung zu beantragen, daß, im Fall die auf einem frühern Landtage beschlossene größere Vertretung des Rusticalgrundbesitzes auf den oberlausitzer Provinziallandtagen bis zu dem bevorstehenden willkürlichen Landtage Walpurgis nicht ins Leben treten kann, dieselbe Vorkehrungen treffe, daß der bevorstehende nächste Landtag, bis die beschlossene Umänderung des Statuts von der Regierung genehmigt und die Wahlen erfolgt sind, verschoben werde.“ Das kann sich vielleicht um 14 Tage handeln, und ist die Genehmigung erfolgt, so giebt es für den zweiten Antrag nicht den geringsten Grund mehr.

Abg. Schwerdtner: Da der Antragsteller selbst die Gründe für seinen Antrag bereits zur Genüge dargelegt hat, so habe ich nur noch wenig zu bemerken. Da es sich kaum erwarten läßt, daß bis zum Schluß des Monats April die Wahlen der Vertreter der Landgemeinden zum Provinzial-